

DIE RECHTLICHE ARCHITEKTUR DER APARTHEID

12. April 2021 von Susan Power,

Quelle: Al-Haq, auf Englisch verfügbar unter <https://www.alhaq.org/advocacy/18181.html>

Susan Power ist Leiterin der Abteilung für Juristische Forschung und Öffentlichkeitsarbeit bei [Al-Haq](#).

EINFÜHRUNG

Israels rechtliche Architektur schreibt einen privilegierten Status für jüdische Bürger_innen gesetzlich fest und diskriminiert alle nicht-jüdischen Israelis und Israelinnen, vor allem aber die palästinensischen Bürger_innen des Landes.

Seit der Errichtung des Staates Israel sorgen seine grundlegenden Gesetze für eine jüdische Dominanz über das palästinensische Volk als Ganzes, indem sie dessen Zersplitterung verfestigen und vertiefen. Der Staat Israel ist bemüht, diese diskriminierenden Praktiken zu rechtfertigen und behauptet daher, Palästinenser_innen würden ihre Grundrechte missbrauchen, indem sie terroristische Aktivitäten unterstützten und sich an diesen beteiligten. Die vorliegenden Gesetze und die damit zusammenhängenden Rechtfertigungen und Praktiken bilden die rechtliche Basis für Israels Apartheid-Regime.

Diese Kurzdarstellung soll die wichtigsten Gesetze umschreiben, die dieses Regime etabliert und die Anwendung diskriminierender Strategien und Vorgehensweisen gegen das palästinensische Volk als Ganzes ermöglichen.

1. DER RECHTLICHE RAHMEN – IM INTERNATIONALEN VÖLKERRECHT GILT APARTHEID ALS EIN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Die Praxis der Apartheid ist durch die Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid) von 1976, durch den Kodex-Entwurf über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit von 1996 und durch das Römische Statut zum Internationalen Strafgerichtshof (1998) als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt.¹ Die genannten Instrumente führen jeweils die Praktiken und Strategien rassistischer Trennungen auf, die zum Zweck der Einrichtung und Aufrechterhaltung der rassistischen Dominanz einer rassistischen Gruppe von Personen über eine andere, ein System der Unterdrückung zur Anwendung bringt.

Die Apartheid-Konvention weist speziell auf Maßnahmen hin, die „*menschenunwürdigen Handlungen*“ gleichkommen inklusive „*gesetzgeberischer Maßnahmen, die darauf ausgelegt sind, eine oder mehrere Gruppen aus Gründen der Rasse an der Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu hindern*“ sowie „*legislative Maßnahmen, die dazu geschaffen sind, die Bevölkerung durch die Einrichtung separater Schutzgebiete und Ghettos für die Mitglieder einer oder mehrerer rassistischer Gruppen entlang rassistischer Linien zu spalten*“.²

Der Kodex-Entwurf stellt des weiteren klar, dass dieses Verbrechen auch die „*institutionalisierte Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit oder der Religion*“ umfasst, mit der Verletzung von grundlegenden Menschenrechten und Freiheiten einhergeht und dazu führt, dass Teile der Bevölkerung massiv benachteiligt werden.³

Das Römische Statut bezieht sich unterdessen auf Verbrechen, durch die unrechtmäßige Verhaltensweisen im Kontext „*eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Herrschaft gegenüber einer oder mehrerer rassistischer Gruppen durch eine andere rassistische Gruppe*“ ausgeübt werden. Das Statut von Rom stellt außerdem klar,

¹ In dieser Reihenfolge ebenfalls bekannt als Apartheid-Konvention, Kodex-Entwurf und Römisches Statut. Im Folgenden werden nur noch diese Begriffe verwendet.

² Artikel II, *Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid)*, G.A. Res. 3068 (XXVIII), 28 U.N. GAOR SupS, Nr. 30, S. 75, U.N. Doc. A/9030 (1974), 1015 U.N.T.S. 243, in Kraft getreten am 18. Juli 1976, im Folgenden Apartheid-Konvention genannt

³ Kodex- Entwurf über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit (*Draft Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind*) von 1996; Jahrbuch der Internationalen Rechtskommission 1996 (*Yearbook of the International Law Commission 1996*), Band II; Morten Bergsmo, Cheah Wui Ling, Song Tianying, Yi Ping, *Historische Ursprünge des Internationalen Strafrechts (Historical Origins of International Criminal Law)*, [TOAEP](#), Band 3, S. 608

dass diese Verbrechen in der konkreten Absicht begangen werden, ein solches Regime aufrechtzuerhalten.⁴

Im Jahr 2011 kam das Russell-Tribunal zu dem Schluss, dass „*Israels Herrschaft über die palästinensische Bevölkerung – unabhängig von deren Wohnsitz – insgesamt auf ein einziges, integriertes Regime der Apartheid hinausläuft*“.⁵ Die Schlussfolgerungen des Russell-Tribunals wurden im Jahr 2019 in den *Abschließenden Beobachtungen* des Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD - *Committee on the Elimination of Racial Discrimination*) der Vereinten Nationen aufgegriffen, die von Israel verlangen, jegliche Strategien und Praktiken der Rassentrennung und Apartheid zu beseitigen, die „*sich schwerwiegend und unverhältnismäßig auf die palästinensische Bevölkerung*“ auf beiden Seiten der Grünen Linie „*auswirken*“.⁶

Dieses Papier untersucht Israels diskriminierende Gesetze, die die Grundlage für das Apartheid-Regime bilden, das über die ganze palästinensische Bevölkerung auf beiden Seiten der Grünen Linie und über die palästinensischen Flüchtlinge und Exilant_innen verhängt ist, denen ihr Recht auf Rückkehr verweigert wird. Diese Gesetze sind in der Rechtsordnung der Knesset und in den Militärordern festgeschrieben, die über die Verwaltung der besetzten palästinensischen Gebiete (oPt / *occupied Palestinian territories*) bestimmen.⁷

Die vorliegende Darlegung vertritt die Auffassung, dass der rechtliche Bauplan für Israels Regime der Apartheid schon im Jahr 1948 festgelegt wurde und bis zum heutigen Tag fortgeführt wird. Sie folgt damit dem Fazit der Internationalen Rechtskommission, das die Apartheid als ein kumulatives Verbrechen betrachtet, dessen Rechtsbrüche „*sich über den gesamten Zeitraum vom Beginn der ersten solcher Handlungen oder Unterlassungen einer Serie an erstrecken, und die so lange andauern, wie diese Handlungen oder Unterlassungen wiederholt werden und nicht in Übereinstimmung mit der internationalen Rechtspflicht stehen*“.

2. GESETZE ZUR ERMÖGLICHUNG JÜDISCHER VORHERRSCHAFT UND DOMINANZ

Der maßgebliche Bericht der ESCWA (*United Nations Economic and Social Commission for Western Asia / Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien*)⁸ erläutert die Abtrennung von Palästinenser_innen durch das israelische Apartheid-Regime in eine Anzahl einzelner, administrativer, rechtlicher und geografischer "Domänen" wie etwa palästinensische Bürger_innen des Staates Israel, Palästinenser_innen, die im Westjordanland und im Gaza-streifen unter israelischer Militärkontrolle stehen, Palästinenser_innen im annektierten und besetzten Ostjerusalem sowie palästinensische Flüchtlinge und Exilant_innen in der Diaspora, denen ihr Recht auf Rückkehr verweigert wird.

Dieser strategischen Fragmentierung liegen zwei Ziele zugrunde. Erstens sollen Palästinenser_innen daran gehindert werden, Israels siedlerkolonialistisches Unternehmen durch eine kollektive Mobilisierung zu vereiteln. Und zweitens soll die Fortsetzung des siedlerkolonialistischen Unternehmens durch den Erhalt jüdischer Vorherrschaft und Dominanz im Land gesichert werden.⁹

Dieser Abschnitt umreißt die von Israel eingeführten Gesetze, die sicherstellen sollen, dass der jüdischen Bevölkerung eine kategorische Anerkennung rassischer Vorrangs zugestanden wird, in der Absicht, eine jüdische Dominanz über die heimische palästinensische Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

⁴ Artikel, 7(1)(j), *Straftatbestände (Elements of Crimes)*, S. 249, erhältlich unter:

https://asS.icc-cpi.int/iccdocs/asp_docs/Publications/Compendium/ElementsOfCrime-ERussell_Tribunal_zu_Palästina, Erkenntnisse der Sitzung in Südafrika, November 2011, siehe Abs. 5.44 und Abs 5.45 [NG.pdf](#)

⁵ [Russell Tribunal zu Palästina](#), Erkenntnisse der Sitzung in Südafrika, November 2011, siehe Abs. 5.44 und Abs 5.45

⁶ CERD/C/ISR/CO/17-19, Kommission zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (*Committee on the Elimination of Racial Discrimination*), *Abschließende Beobachtungen der kombinierten siebzehnten bis neunzehnten Berichte zu Israel*, 12. Dezember 2019, Abs. 23, auf Englisch erhältlich unter: https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/ISR/INT_CERD_COC_ISR_40809_E.pdf

⁷ Die Westbank (inklusive Ostjerusalem) und der Gazastreifen

⁸ Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (*United Nations Economic and Social Commission for Western Asia*), *Israelische Praktiken gegenüber dem palästinensischen Volk und die Frage der Apartheid (Israeli Practices towards the Palestinian People and the Question of Apartheid)*, 2017, UN Doc E/ESCWA/ECRI/2017/1, auf Englisch erhältlich unter: https://electronicintifada.net/sites/default/files/2017-03/un_apartheid_report_15_march_english_final_.pdf

⁹ Vereinte Nationen, ESCWA (*Economic and Social Commission for Western Asia / Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien*), *Israelische Vorgehensweisen gegenüber dem palästinensischen Volk und die Frage der Apartheid – Palästina und die israelische Besatzung (Israeli Practices towards the Palestinian People and the Question of Apartheid - Palestine and the Israeli Occupation)*, Ausgabe Nr. 1", Vereinte Nationen, 2017, S. 4

Israels diskriminierendes Rückkehrgesetz von 1950 gewährt jüdischen Personen¹⁰ und ihren Familien großzügige Einwanderungsrechte. Es schafft die Grundlage dafür, dass die israelische Staatsbürgerschaft „jedem Juden gewährt werden soll, der seinen Wunsch äußert, sich in Israel niederzulassen“ und hält fest: „Jeder Jude hat das Recht als ein *oleh* [Anm. d. Übers.: Zuwanderer im Rahmen einer *Alija*] in dieses Land zu kommen“.¹¹ Das Gesetz schränkt die Merkmale eines *oleh* noch einmal besonders auf jüdische Immigrant_innen ein. Israels Staatsangehörigkeitsgesetz sorgt unterdessen auf einzigartige Weise dafür, dass anhand des Rückkehrrechts jeder *oleh* „zu einem israelischen Staatsbürger werden kann“.¹²

Die sieben Millionen palästinensische Flüchtlinge, die während der Nakba im Jahr 1948 und der Naksa im Jahr 1967 gezwungen waren, das Gebiet zu verlassen und denen als Kollektiv ihre Rechte auf Rückkehr und Selbstbestimmung seitdem vorenthalten werden, kommen in diesem Regelwerk bemerkenswerterweise nicht vor. Israels Grundgesetz, das einen halb-konstitutionellen Status hat, verhindert darüber hinaus, dass Personen, die als eine Bedrohung für die „Existenz des Staates Israel als ein jüdischer und demokratischer Staat“ wahrgenommen werden, sich bei Wahlen als Kandidat_innen aufstellen lassen können. Das Gesetz dient dazu, palästinensischen Widerstand zum Schweigen zu bringen,¹³ während der im Jahr 1992 ergänzte Absatz des israelischen Grundgesetzes: Menschliche Würde und Freiheit „die Werte des Staates Israels als ein jüdischer und demokratischer Staat“ weiter verfestigt.¹⁴

Der im Jahr 2018 verabschiedete Absatz des israelischen Grundgesetzes: *Israel - der Nationalstaat des jüdischen Volkes* sorgt für den gänzlichen rassistischen Vorrang des jüdischen Volkes und schreibt dies in Artikel 1(a) als Grundprinzip fest: „Das Land Israel ist das historische Heimatland des jüdischen Volkes, in dem der Staat Israel errichtet wurde“. So löscht das Gesetz implizit jede historische Erinnerung an das palästinensische Volk im historischen Palästina aus. Artikel 1(b) ergänzt: „Der Staat Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und spricht das Recht auf Selbstbestimmung im Staat Israel ausschließlich „für das jüdische Volk“ aus.¹⁵ Das Gesetz erkennt auch den hebräischen Kalender als den offiziellen Staatskalender und die hebräische Sprache als offizielle Landessprache an.¹⁶

Artikel 7 des Nationalstaatsgesetzes legt fest, dass der Staat die Entwicklung jüdischer Siedlungen als nationale Priorität betrachtet.¹⁷ Auf diesen Artikel bezog sich im November 2020 auch das israelische Amtsgericht des Bezirkes Krayot bei seiner Entscheidung, eine städtische Politik beizubehalten, die palästinensischen Kindern den Zugang zu Schulen in der Stadt Karmiel versagt. In seiner Begründung bemerkt das Gericht: „Karmiel ist eine jüdische Stadt, die die jüdische Ansiedlung in Galiläa verfestigen soll. Die Einrichtung einer arabischsprachigen Schule oder gar die Finanzierung von

¹⁰ Jüdische Personen sind all jene Personen, die von einer jüdischen Mutter geboren wurden oder die - unter manchen Umständen – zum Judentum konvertiert sind. Eine Entscheidung des Obersten Israelischen Gerichtshofs vom März 2021 sorgte dafür, dass auch nicht-orthodoxe Konvertiten zum Judentum innerhalb Israels anhand des Rückkehrgesetzes einen Anspruch auf das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft haben. Diese Recht existierte schon anhand des Rückkehrgesetzes, war aber zuvor allein auf außerhalb des Landes wohnende Konvertiten zum Judentum beschränkt – siehe Haviv Rettig Gur, *Entscheidung zur Konversion beendet Jahrzehnte offizieller Umgehung der Auseinandersetzung mit Reformströmungen und konservativen Strömungen (Conversion ruling ends decades of official shunning of Reform, Conservative)*, *Times of Israel*, 1. März 2021, auf Englisch nachzulesen unter: <https://www.timesofisrael.com/conversion-ruling-ends-decades-of-official-shunning-of-reform-conservative/>

¹¹ Rückkehrgesetz, 5710-1950, 5. Juli 1950, auf Englisch unter:

<https://mfa.gov.il/mfa/mfa-archive/1950-1959/pages/law%20of%20return%205710-1950.aspx>

¹² Staatsbürgerschaftsgesetz, 5712 – 1952, auf Englisch unter:

https://www.knesset.gov.il/review/data/eng/law/kns2_nationality_eng.pdf

¹³ Artikel 7(a), *Grundgesetz: Die Knesset*, 1958, auf Englisch unter:

https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/basic2_eng.htm#:~:text=Every%20Israeli%20citizen%20who%20on,to%20a%20penalty%20of%20actual

¹⁴ Artikel 1, *Grundgesetz: Menschliche Würde und Freiheit*, 1992, auf Englisch unter:

https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3_eng.htm#:~:text=1.,a%20Jewish%20and%20democratic%20state.&text=2.,of%20any%20person%20as%20such

¹⁵ Artikel 1 (a)(b)(c), *Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes*, inoffizielle Übersetzung aus dem Hebräischen von Dr. Susan Hattis Rolef, auf Englisch unter:

<https://main.knesset.gov.il/EN/activity/Documents/BasicLawsPDF/BasicLawNationState.pdf>

¹⁶ Artikel 4(a), 8, *Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes*

¹⁷ Adalah Positionspaper, *Die Rechtswidrigkeit von Artikel 7 des jüdischen Nationalstaatsgesetzes: Förderung jüdischer Siedlungen als staatlicher Wert (The Illegality of Article 7 of the Jewish Nation-State Law: Promoting Jewish Settlement as a National Value)*, März 2019), auf Englisch erhältlich unter: https://www.adalah.org/uploads/uploads/Position_Paper_on_Artikel_7_JNSL_28.03.19.pdf

Schulbussen für arabische Schüler, läuft Gefahr, die demografische Balance zu verändern und den Charakter der Stadt zu beschädigen“.¹⁸

3. GESETZE ÜBER DIE STAATSBÜRGERSCHAFT UND NATIONALITÄT

Israel behält die Unterscheidung zwischen israelischer Staatsbürgerschaft und Nationalität bei und entfernt sich damit von dem international anerkannten Standard. Während eine israelische Staatsbürgerschaft entweder durch i) Rückkehr (das gilt nur für Personen jüdischen Glaubens) oder durch ii) einen Wohnsitz in Israel (wie etwa für Palästinenser_innen, die direkt vor der Einrichtung des Staates Israel schon dort wohnten und in Israel blieben) und durch iii) Geburt und Einbürgerung erworben werden kann¹⁹, ist die israelische Nationalität alleine jüdischen Personen vorbehalten.²⁰ Am 11. März 2019 betonte Premierminister Netanyahu diese Unterscheidung noch einmal mit den Worten: „Israel ist nicht ein Staat all seiner Bürger. Anhand des Nationalstaatsgesetzes, das wir verabschiedet haben, ist Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes – und des jüdischen Volkes allein“.²¹

Beweise für die israelische Apartheid-Praxis der Unterteilung der palästinensischen Bevölkerung in einzelne "Domänen" zeigen sich weiter in seiner an der Rasse orientierten und diskriminierenden Anwendung des Gesetzes über die Einreise nach Israel von 1952. Als Israel im Jahr 1980 ein Grundgesetz herausgab,²² das Jerusalem als Hauptstadt des Staates Israel vereinnahmte, reagierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einer international bindenden Resolution der Verurteilung und Nicht-Anerkennung dieses Schrittes. In der Resolution ist nachdrücklich festgehalten, dass das „Grundgesetz zu Jerusalem null und nichtig [ist] und fortan aufgehoben werden muss“.²³ Israel widerspricht jedoch der internationalen Meinung und besteht auf der Anwendung seines an der Rasse orientierten und diskriminierenden Gesetzes von 1952, das palästinensischen Einwohner_innen von Jerusalem den Status eines „dauerhaften Wohnsitzes“ nur befristet und auf Widerruf zubilligt und von ihnen regelmäßig Nachweis verlangt, dass sich ihr "Lebensmittelpunkt" tatsächlich in der Stadt befindet.²⁴ Personen, denen das nicht gelingt, wird zur Strafe die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und sie werden unverzüglich und zwangsweise aus der Stadt entfernt – als dieser Bericht verfasst wurde, waren fast 15.000 palästinensische Einwohner_innen der Stadt Jerusalem von diesem Schicksal betroffen.²⁵

Der ehemalige Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten Richard Falk²⁶ beschrieb diese systematische und fortlaufende Kampagne der Zwangsvertreibung als einen „schrittweisen und bürokratischen Prozess der ethnischen Säuberung“,²⁷ der nach den Bestimmungen der Apartheid-Konvention auf ein Kriegsverbrechen,²⁸ ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit²⁹ und

¹⁸ Adalah, *Israelisches Gericht baut rassistischen Entscheid auf jüdisches Nationalstaatsgesetz auf: Städtische Finanzierung von Schulbussen für arabische Kinder nicht erforderlich, weil arabische Familien dadurch ermutigen würden, in "jüdische Stadt" zu ziehen. (Israeli court relies on Jewish Nation-State Law in racist ruling: Municipal funding of school bussing not required for Arab kids as it would encourage Arab families to move into 'Jewish city')*, 30. November 2020, auf Englisch unter: <https://www.adalah.org/en/content/view/10191>

¹⁹ Israelisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, *Erwerb der israelischen Nationalität (Acquisition of Israeli Nationality)*, 1. Januar 2010, auf Englisch unter: [https://mfa.gov.il/mfa/aboutisrael/state/pages/acquisition%20of%20israeli%20nationality.aspx#:~:text=The%20Law%20of%20Return%20\(1950,a%20member%20of%20another%20religion](https://mfa.gov.il/mfa/aboutisrael/state/pages/acquisition%20of%20israeli%20nationality.aspx#:~:text=The%20Law%20of%20Return%20(1950,a%20member%20of%20another%20religion)

²⁰ Artikel 1(b), *Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes*, auf Englisch erhältlich unter: <https://knesset.gov.il/laws/special/eng/BasicLawNationState.pdf>

²¹ Jonathan Ofir, *Netanyahu sagt die Wahrheit: 'Israel ist nicht ein Staat aller seiner Bürger' (Netanyahu tells the truth: 'Israel is not a state of all its citizens')*, *Mondoweiss*, 11. März 2019, auf Englisch erhältlich unter: <https://mondoweiss.net/2019/03/netanyahu-israel-citizens/>

²² Jerusalem, die Hauptstadt Palästinas, wurde im Jahr 1967 unrechtmäßig von Israel annektiert; siehe auch *Grundgesetz: Jerusalem - Hauptstadt des Staates Israel*, auf Englisch erhältlich unter: https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/basic10_eng.htm

²³ Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, UNSC/RES/478 von 1980

²⁴ Artikel 1(b), *Gesetz über die Einreise nach Israel, 5712 – 1952*, auf Englisch unter: http://www.hamoked.org/files/2011/2240_eng.pdf

²⁵ Die genaue Zahl beläuft sich auf 14.683 Palästinenser_innen.

²⁶ der frühere Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten

²⁷ Bericht des Sonderberichterstatters zur Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Richard Falk, 13. Januar 2014, A/HRC/25/67, S. 11, Abs. 34

²⁸ *Römisches Statut*, Artikel 8(2)(b)(viii)

eine menschenunwürdige Handlung³⁰ hinausläuft. All dies beschreibt adäquat die an der Rasse orientierten Strategien Israels zur demografischen Kontrolle, durch die versucht wird, in Jerusalem ein Verhältnis von 70:30 zwischen jüdischen und palästinensischen Einwohner_innen zu schaffen, ein Ziel das im Örtlichen Städtischen Rahmenplan für Jerusalem Nr. 2000 (*Jerusalem Municipality Local Outline Plan 2000*) eindeutig dargelegt ist.³¹

Dieselben Gesetze ordnen, teils implizit, teils ausdrücklich, die palästinensische Bevölkerung der dominanten jüdischen Bevölkerung unter, während sie die unterschiedlichen palästinensischen Domänen voneinander abtrennen. So ist es beispielsweise Palästinenser_innen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen, bis auf wenige Ausnahmen, per Gesetz verboten, die israelische Staatsbürgerschaft zu erlangen und sich in Israel niederzulassen. Das *Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel (Einstweilige Bestimmung)* von 2003 hält diesbezüglich fest:

„Der Innenminister soll dem Bewohner eines Gebietes (dem Westjordanland und dem Gazastreifen) auf Grundlage des Staatsbürgerschaftsrechts keine Staatsbürgerschaft zugestehen und ihm aufgrund des Gesetzes über die Einreise nach Israel keine Erlaubnis erteilen, sich in Israel niederzulassen. Zudem soll auch der Kommandant des Gebietes anhand der Sicherheitsgesetze für das Gebiet keinem der besagten Bewohner eine Genehmigung zum Aufenthalt in Israel erteilen.“³²

Anstatt ihnen die Staatsbürgerschaft zu erteilen, gibt Israel an Palästinenser_innen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen befristete Genehmigungen heraus, die nur für insgesamte Zeiträume maximal sechs Monaten gelten und ihnen lediglich ermöglichen, in Israel zu arbeiten oder sich dort in medizinische Behandlung zu begeben.³³ Anhand dieses vorläufigen Gesetzes ist die Familienzusammenführung zwischen Palästinenser_innen aus der Westbank und dem Gazastreifen und ihren Partner_innen oder Familienmitgliedern, die palästinensische Bürger des Staates Israel oder palästinensische Bürger Jerusalems mit "dauerhaften Einwohnerstatus" sind, nicht erlaubt. Das Gesetz besteht seit dem Jahr 2003 in einer einstweiligen Anordnung, die jedes Jahr erneuert werden muss und dann parallel ausführlich von Menschenrechtsrat und CERD (*Committee on the Elimination of Racial Discrimination / Ausschuss zur Beseitigung der Rassendiskriminierung*) verurteilt wird. Der frühere Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen John Dugard³⁴ hielt auch fest, dass die Verweigerung der Familienzusammenführung in Ergänzung ähnlicher Praktiken Israels Absicht erkennen lasse „die Dominanz einer ethnische Gruppe (der jüdischen) über eine andere (die palästinensische) ethnische Gruppe herbeizuführen und beizubehalten“.³⁵

²⁹ Römisches Statut, Artikel 7(1)(d)

³⁰ Artikel II(c), *Apartheid-Konvention*, siehe auch *HaMoked, Zahlen des Innenministeriums: 40 Palästinenser_innen aus Ostjerusalem wurde im Rahmen von Israels Politik der 'stillen Ausweisung' im Jahr 2019 der dauerhafter Aufenthaltsstatus entzogen, verglichen mit 2018 eine erhebliche Zunahme (40 East Jerusalem Palestinians were stripped of their permanent residency status in 2019 as part of Israel's 'quiet deportation' policy; a significant increase compared to 2018*, 28. Juni 2020, zuletzt aufgerufen am 21.11.2020 unter <http://www.hamoked.org/Document.aspx?dID=Updates2174>

³¹ Jerusalemer Stadtverwaltung, *Jerusalemer Rahmenplan – Nr. 2000*, auf Englisch erhältlich unter: <https://www.jerusalem.muni.il/en/residents/planningandbuilding/cityplanning/masterplan/>; *Jerusalems Demografie verändern (Changing the Demographics of Jerusalem)*, 13. Dezember 2017, auf Englisch unter: <https://carnegieendowment.org/sada/75006>, Abschnitt 7 - *Demografische Balance laut Regierungsbeschlüssen (Demographic Balance According to Governmental Decisions)* – „Das von der Stadtverwaltung vorgelegte und bei Regierungsdiskussionen zur Sache verabschiedete Ziel, versucht, zwischen jüdischen und arabischen Einwohner_innen in der Stadt ein Verhältnis von 70 zu 30 zu schaffen. Die Vorhersagen zur Bevölkerungsentwicklung, wie Vorhersagen in anderen Regelwerken auch, lassen indes erkennen, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann und der demografische Trend in Jerusalem sich seit Ende der 1960er Jahre immer weiter vom gesetzten Ziel entfernt. Sollte dieser Trend der letzten Jahre ohne bedeutende Veränderung so weiter verlaufen, ist es höchstwahrscheinlich, dass die Lage im Jahr 2020 bei einer Bevölkerung von geschätzt 60% jüdischen und 40% arabischen Einwohnern liegt - wenn die zugrundeliegenden Annahmen des städtischen Rahmenplans aktualisiert werden.“

³² *Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel (Einstweilige Bestimmung)* 5763 – 2003, auf Englisch erhältlich unter: https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/citizenship_law.htm

³³ *Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel (Einstweilige Bestimmung)* 5763 – 2003

³⁴ Der ehemalige Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten

³⁵ Resolution des Menschenrechtsrats, 28ste Reguläre Sitzung, März 2015, *Tagesordnung, Punkt 7: Die Menschenrechtslage in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten*, 28/27; CERD/C/65/Dec.2, ICERD, *Prävention von Rassendiskriminierung, inklusive Frühwarnmaßnahmen und Eilaktionsverfahren*, Beschluss 2 (65) Israel, 10. Dez. 2004; Bericht des Sonderberichterstatters Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, UN Doc. A/HRC/4/17, 29. Jan. 2007, Abs. 50

Unterdessen können sich israelische Siedler_innen, die illegal in die Westbank (mit Ostjerusalem) verbracht wurden, und israelische Staatsbürger_innen frei in ganz Israel und den meisten Teilen der Westbank bewegen und ins Land einreisen, wie sie wollen. Eine Änderung des Gesetzes über die Einreise nach Israel aus dem Jahr 1974 hebt den Status als Einwohner von Palästinenser_innen auf, wenn sie „sich für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren außerhalb Israels aufgehalten“ oder eine Staatsbürgerschaft oder einen Wohnsitz in einem anderen Land erhalten haben.³⁶

Eine kürzliche Entscheidung der Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs, der sich auf die Apartheid-Konvention und andere Rechtsquellen beruft, warnte, dass der „willkürliche Entzug des Rechts auf Einreise in das eigene Land“ dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Verfolgung gleichkommt. Die Kammer fügte hinzu, dass die „Qual“ von Personen, denen die Wiedereinreise verweigert wird, „große Leiden oder ernste Verletzungen [...] der psychischen [...] Gesundheit“ verursacht.³⁷

4. GESETZE, WELCHE DIE ANEIGNUNG VON LAND ERMÖGLICHEN

Abgesehen davon, dass Palästinenser_innen eine Nationalität verweigert wird, hat Israel gesetzliche Maßnahmen zur Aneignung palästinensischer Landgrundstücke umgesetzt, entgegen der Tatsache, dass beides nach Artikel II (d) der Apartheid-Konvention verboten ist. Israels siedlerkolonialistisches Projekt hingegen lehnt sich auf eine weitverbreitete und systematische Konfiszierung der Landgrundstücke palästinensischer Flüchtlinge und des Eigentums von Personen zurück, die als „Abwesende“ klassifiziert sind oder als „Personen, die ausgewiesen wurden, geflohen sind oder das Land, meist aufgrund von Kriegshandlungen, nach dem 29. November 1947 verlassen haben“.³⁸ Ihr Land und Eigentum wird nun über die neu geschaffene Entwicklungsbehörde an jüdische Siedler_innen weiterverteilt.³⁹ Das Gesetz über den Landerwerb von 1953 ermöglichte die jüdische Besiedlung von Landgrundstücken, deren Eigentümer ihren Besitz nicht wahrnahmen, und führte zur Besiedlung von etwa 1,2 Millionen Dunum (rund drei Millionen Morgen und über zwölf Millionen km²) an palästinensischem Boden.⁴⁰

Parallel dazu beschlagnahmte Israel palästinensische Landgrundstücke, indem es bereits vorhandene Gesetze aus der Britischen Mandatszeit zur Anwendung brachte. Danach ist es dem Staat erlaubt, Grundstücke für öffentliche Zwecke zu konfiszieren und zu nutzen.⁴¹ Um als Eigentümer von beschlagnahmten palästinensischen Flächen auftreten zu können, hat Israel das Gesetz inzwischen geändert und beruft sich selbst da auf diese Änderung, wo das Land in Wirklichkeit nicht für die in der ursprünglichen Verordnung beschriebenen, öffentlichen Zwecke eingesetzt wird.⁴²

Das Gesetz über die rechtlichen Verfahren und ihre Umsetzung von 1970 ist ein weiterer Teil der weitreichenden Aneignung palästinensischer Landgebiete durch Israel, auch im besetzten und annektierten Ostjerusalem. In der besetzten Westbank nutzt man Militärverordnungen, um palästinensische Grundstücke rechtswidrig als israelisches "Staatsland" für eine nachfolgende Verwendung zum Siedlungsbau oder als archäologische Zonen, Naturschutzgebiete und militärische Übungsgelände zu enteignen. Diese Anordnungen verstoßen gegen die Artikel 46, 47, 52 und 55 der Haager Regeln von 1907 und gegen die Artikel 33 und 49 der Vierten Genfer Konvention von 1949 und gelten nach der Genfer Konvention als Kriegsverbrechen und grobe Verstöße.⁴³

³⁶ Artikel 11(a), *Regeln für die Einreise nach Israel (Entry into Israel Regulations)*, 5734-1974, auf Englisch unter: http://www.hamoked.org/files/2018/3050_eng.pdf

³⁷ Internationaler Strafgerichtshof, ICC-RoC46(3)-01/18, *Entscheid über die Anfrage der Strafverfolgung über eine Entscheidung zur Gerichtsbarkeit nach Artikel 19(3) des Statuts*, Vorverfahrenskammer I, S. 44, Abs. 77

³⁸ Artikel 1(b)(1), *Gesetz über das Eigentum abwesender Personen (Absentees' Property Law)*, 5710-1950, auf Englisch unter: <https://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/O/E0B719E95E3B494885256F9A005AB90A>; siehe auch: *Adalah, Gesetz über das Eigentum abwesender Personen (Absentees' Property Law)*, auf Englisch unter: <https://www.adalah.org/en/law/view/538>

³⁹ Artikel 19(a) des *Gesetzes über das Eigentum abwesender Personen (Absentees' Property Law)* von 1950, schreibt fest, dass „der Verwalter den Besitz rechtmäßig an diese Entwicklungsbehörde verkaufen darf“.

⁴⁰ *Gesetz über den Landerwerb – Die Gültigkeit von Rechthandlungen und Entschädigungen (Land Acquisition Law - Validation of Acts and Compensation)*, 1953; siehe auch *Adalah* an den Generalstaatsanwalt und Verwalter der Besitztümer abwesender Personen: *Israels Verkauf von palästinensischem Boden (Israel's Sale of Palestinian Land)*, auf Englisch zuletzt aufgerufen am 21.11.2020 unter <https://www.adalah.org/en/content/view/7003>

⁴¹ *Verordnung über den Landerwerb für öffentliche Zwecke*, 1943

⁴² *Landverordnung (Erwerb für öffentliche Zwecke)- Änderung Nr. 10*

⁴³ *Die palästinensische Frage: Rechtliche Aspekt (Dok. 4) – DPR Veröffentlichung*, New York, 1992, auf Englisch unter: <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-199200/>

Halbstaatliche israelische Organisationen wie die *Jewish Agency*, der Weltzionistenverband und der Jüdische Nationalfonds erleichtern den illegalen Inlandstransfer jüdischer Siedler zur Kolonialisierung palästinensischen Landes und sind in diesem Rahmen rechtlich autorisiert, grundlegende Diskriminierungen von Nichtjuden auszuführen. So hält zum Beispiel Artikel 2 der Verfassung des Weltzionistenverbandes fest: „Das Ziel des Zionismus ist, durch öffentliches Recht gesichert für das jüdische Volk eine Heimat in Erez Israel zu schaffen“ und unterstützt ausdrücklich die Besiedlung des Landes als „einen Ausdruck des Zionismus in der Praxis“.44 Israels Grundgesetz verbietet den Transfer von Grundstücken („sei es durch Verkauf oder auf andere Weise“), die sich in Besitz des Staates Israel, der Entwicklungsbehörde oder des Jüdischen Nationalfonds befinden. So wird die Enteignung palästinensischen Landes tief verankert und institutionalisiert und das Vorhandensein von Palästinenser_innen aus Israels gesetzlichem Regelwerk gelöscht.45

5. PHYSISCHE FRAGMENTIERUNG

Durch den Bau einer Trennmauer, die von einem komplexen Netzwerk aus militärischen Wachtürmen, Kontrollpunkten und Überwachungssystemen begleitet ist, das entlang eines Systems von Genehmigungen fungiert, hat der Staat Israel das palästinensische Gebiet physisch in viele kleine Teile aufgesplittert. Teile der palästinensischen Gemeinschaft werden damit auf Enklaven reduziert und die siedlerkolonialistische Expansion in die Westbank weiter befördert.

Im April 2002 verabschiedete das israelische Kabinett eine Entscheidung zum Bau einer Mauer, die weite Flächen der Westbank und Ostjerusalems vereinnahmt und gleichzeitig Palästinenser_innen im Gazastreifen, in Jerusalem sowie palästinensische Bürger_innen des Staates Israel vom Rest des Westjordanlandes physisch abtrennen sollte. Im Jahr 2004 gab der Internationale Gerichtshof (ICJ / *International Court of Justice*) ein maßgebliches Rechtsgutachten ab, das befand, dass der Bau der Mauer und das damit verbundene Regime dem Internationalen Völkerrecht widersprechen. Dabei wurde betont, dass Israel ganz klar in der Pflicht steht, dieses rechtswidrige Gebaren zu einem Ende zu bringen, insbesondere durch den Abriss der Mauer, die Rückgabe des Landes, die Bereitstellung von Entschädigungen und die Abgabe „adäquater Zusicherungen und Garantien der Nicht-Wiederholung“.46

Um die auch als "Annektierungsmauer" bezeichneten Sperranlagen zu bauen, die sich gegenwärtig über eine Länge von 180 Kilometern (km) erstrecken, hat Israel sich offen gegen das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs und generell gegen das Internationale Völkerrecht gestellt. Fünfzehn Jahre nach Veröffentlichung des Rechtsgutachtens stimmte das israelische Kabinett einem Plan zu, der die Mauer auf eine insgesamt Länge von 687 km erweitert, was bedeutet, dass diese Sperranlagen ganze dreißig Prozent der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland direkt beeinträchtigen und schädigen werden. Dugard und Reynolds warnten, dass das im Nachhinein bestmögliche Ergebnis dieser Vorgehensweise „ein Bantustan-artiger Staat in den verbleibenden Reservaten“ sein werde.47

Israel hat den Gazastreifen seit 2007 komplett isoliert und unterzieht das Gebiet einer vollständigen Belagerung und militärischen Abriegelung. Auch der palästinensische Verkehr in und aus dem Gazastreifen ist weitestgehend eingeschränkt.48 Israel übt durch Zäune und militärische Pufferzonen die volle Kontrolle über das Land aus und beschränkt und reguliert den gesamten Zugang von der See her mit einer Seeblockade, die durch die Seeverordnung Nr. 101 legitimiert wurde. Israel kontrolliert auch die Einfuhr aller Waren und nutzt das Verteidigungsexportkontrollgesetz (*Defense Export Control Law*) von 2007 und diverse Militärordnungen, um die Einfuhr von Waren mit doppeltem Verwendungszweck zu verhindern.49

44 *Die Verfassung der Weltzionistenverbandes und die Regeln für ihre Umsetzung*, aktualisiert im November 2019, auf Englisch erhältlich unter: https://www.wzo.org.il/files/pages/item/thumbsrc/WZO_Constitution_amended_Nov_2019.pdf

45 *Grundgesetz: Israelische Landgrundstücke*, 1960

46 *Die rechtlichen Konsequenzen der Errichtung einer Mauer auf dem besetzten palästinensischen Gebiet – Rechtsgutachten*, (*Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion*), 9. Juli 2004, Abs. 142 – 153, auf Englisch unter: <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/131/131-20040709-ADV-01-00-EN.pdf>

47 *Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten (OCHA Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)*, *Der Bericht zur Mauer*, 2019, auf Englisch unter: <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-200240/>; John Dugard, John Reynolds, *Apartheid, Internationales Völkerrecht und das besetzte palästinensische Gebiet (Apartheid, International Law, and the Occupied Palestinian Territory)*, *EJIL (European Journal of International Law)* Nr. 24, 2013, S. 867, S. 900

48 *Anordnung über die Einreise nach Israel, Ausnahmen für Einwohner des Gazastreifens*, 2005; *Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel, Einstweilige Anordnung*, 2003

49 *Verteidigungsexportkontrollverordnung, Kontrollierte Waren mit doppeltem Verwendungszweck, die in Gebiete unter palästinensischer Zivilkontrolle verbracht werden*, 2008

Diese drakonischen Einschränkungen und ihre bitteren Auswirkungen für Menschenleben in dem Gebiet, führten die Vereinten Nationen im Jahr 2012 zu der Warnung, dass der Gazastreifen bis 2020 unbewohnbar geworden sein könnte.⁵⁰ Die jetzige Pandemie droht, diese fortlaufende humanitäre Notsituation noch weiter zu verschärfen.⁵¹

6. GESETZE ZUR VERHINDERUNG PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDS

Artikel 2(f) der Apartheid-Konvention bezieht sich direkt auf jene Vergehen, die als menschenunwürdige Handlungen bezeichnet sind, nämlich „die Verfolgung von Organisationen und Personen“ und „der Entzug ihrer grundlegenden Rechte und Freiheiten, weil sie der Apartheid entgegenstehen“.⁵² Im März 2017 weitete Israel das Gesetz über die Einreise nach Israel auf solche Personen aus, die versuchen, „die internationale Unterstützung für Israels Apartheid und Siedlerkolonialismus anzugehen“, und zu einer Bewegung für eine palästinensisch geführte Boykott-, Desinvestment- und Sanktionskampagne (BDS) aufrufen.⁵³ Frank La Rue, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Beförderung und den Schutz der Rechte auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, kritisierte diese Änderung, weil sie „der freien Meinungsäußerung im Namen nationaler Sicherheit heftige Einschränkungen“ auferlege.⁵⁴ Illegal in besetztes Gebiet verbrachten israelischen Siedler_innen wird unterdessen der freie Zugang nach Israel und in die Westbank einschließlich Ostjerusalem gewährt, wo sie neue und immer weiter expandierende Siedlungsblocks errichten.⁵⁵

Seit 1967 sind Versammlungen und Zusammenkünfte in den besetzten palästinensischen Gebieten anhand der Militärverordnung Nr. 101 verboten. Im Rahmen des Großen Rückkehrmarsches, einer Serie von Protesten, die seit Ende März 2018 an der Grenze des Gazastreifens zu Israel abgehalten werden, betreibt Israel eine Politik tödlicher Waffengewalt und eröffnet regelmäßig das Feuer auf die versammelten Palästinenser_innen, die friedlich für ihre Rechte auf Rückkehr und Selbstbestimmung demonstrieren und zur Beendigung Gaza-Blockade aufrufen. Israels Einsatz von unnötiger und unverhältnismäßiger, tödlicher Gewalt hat bereits zum Tod von 217 Palästinenser_innen geführt und tausende weitere schwer verletzt, was in manchen Fällen eine Amputation erforderlich machte.⁵⁶

Darüber hinaus hat Israel eine Anzahl weitreichender Maßnahmen umgesetzt, durch die palästinensische Parlamentsabgeordnete in Jerusalem daran gehindert werden sollen, sich für eine Wiederwahl in Palästina aufstellen zu lassen, unter dem Vorwand, dass ihr „dauerhafter Aufenthaltsstatus in Jerusalem“ wegen eines „Treubruchs gegenüber dem Staat Israel“ widerrufen werden könnte.⁵⁷

⁵⁰ Gisha, *Kontrollierte Waren mit doppeltem Verwendungszweck (Controlled Dual Use Items)*, auf Englisch unter:

https://gisha.org/UserFiles/File/LegalDocuments/procedures/merchandise/170_2_EN.pdf; siehe auch UNRWA (*United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East / Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten*), Gaza im Jahr 2020 – Ein Ort, an dem man leben kann? (*Gaza In 2020, A Liveable Place?*) August 2012, zuletzt aufgerufen am 24.11.2020, <https://www.unrwa.org/userfiles/file/publications/gaza/Gaza%20in%202020.pdf>

⁵¹ Al-Haq, *Angesicht eines potentiellen COVID-19-Ausbruchs im Gazastreifen ist Israel verpflichtet Maßnahmen zu ergreifen, um Leben zu retten.* (*In the face of potential COVID-19 outbreak in the Gaza Strip, Israel is obliged to take measures to save lives.*) 7. April 2020, auf Englisch unter: <https://www.alhaq.org/advocacy/16694.html>; Al-Jazeera, *Israel blockiert Lieferung russischer Sputnik V Impfdosen in den Gazastreifen (Israel blocks shipment of Russian Sputnik V vaccine to Gaza)*, 16. Februar 2021, auf Englisch unter: <https://www.aljazeera.com/news/2021/2/16/palestinians-say-israel-blocking-shipment-of-vaccines-to-gaza>

⁵² Generalversammlung der Vereinten Nationen, *Internationale Konvention zur Bekämpfung and Bestrafung des Verbrechens der Apartheid*, Artikel 2(f), 30. Nov. 1973, A/RES/3068(XXVIII), auf Englisch unter: <https://www.refworld.org/docid/3ae6b3c00.html>

⁵³ BDS, *Was ist BDS?*, auf Englisch unter: <https://bdsmovement.net/pt/what-is-bds>

⁵⁴ BDS, *Was ist BDS?* auf Englisch unter: <https://bdsmovement.net/what-is-bds>; Vereinte Nationen, *Die palästinensisch Frage, Bericht des Sonderberichterstatters für die Beförderung und den Schutz der Rechte auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung*, A/HRC/41/35/Add.2, Auszüge, Abs. 47, auf Englisch unter: <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-promotion-and-protection-of-the-right-to-freedom-of-opinion-and-expression-a-hrc-41-35-add-2-excerpts/>

⁵⁵ UN-Nachrichten, *Generaldirektor der Vereinten Nationen - Israel: Neue Siedlungsbauten müssen gestoppt und zurückgebaut werden (Israel: Halt and reverse new settlement construction – UN chief)*, 19. Januar 2021, auf Englisch unter: <https://news.un.org/en/story/2021/01/1082482>

⁵⁶ *Gaza 2020*, 9. Juni 2020, zuletzt aufgerufen am 24.11.2020, <https://medium.com/@lifttheclosure/its-2020-lift-the-gaza-closure-c3f586611c11>

⁵⁷ Al-Haq, *Eilantrag: Israel muss jüngste Gesetzgebung aussetzen und zurücknehmen, die einen Entzug des dauerhaften Aufenthaltsstatus von Palästinenser_innen in Jerusalem wegen 'Treubruchs' ermöglicht (Urgent Appeal: Israel Must Suspend and Repeal Recent Legislation Allowing for the Revocation of Permanent Residency Status from Palestinians in Jerusalem for 'Breach of Allegiance')*, 18. März 2018, auf Englisch unter: <https://www.alhaq.org/advocacy/6262.html>

Seit dem Jahr 1948 arbeitet Israel, in Einklang mit den Leitprinzipien einer ethnischen Säuberung, darauf hin, die Anwesenheit von Palästinenser_innen sowohl aus der Geschichte, wie auch aus der Erinnerung zu streichen. Anhand der Änderung Nr. 40 des Haushaltsgesetzes, das auch unter der Bezeichnung „*Nakba-Gesetz*“ bekannt geworden ist, kann der Finanzminister allen Institutionen die öffentliche Förderung verweigern, die die Existenz Israels als „*jüdischer und demokratischer Staat*“ bestreiten oder die „*Israels Unabhängigkeitstag oder der Tag der Staatsgründung als einen Trauertag*“ erinnern wollen.⁵⁸

SCHUSSFOLGERUNG

Israel hält sein Apartheid-Regime durch ein komplexes Regelwerk von Gesetzen aufrecht, das demografische Einriffe, weitreichende Landenteignungen und die Zersplitterung des palästinensischen Volkes und des palästinensischen Gebietes ermöglicht. Diese Gesetze erlauben es auch, dass sich rechtswidrig herbeigebrachte jüdische Siedler_innen auf beiden Seiten der Grünen Linie niederlassen. Und schließlich zielen diskriminierende Gesetze, die sich an der Rasse orientieren, darauf ab, die palästinensische Bevölkerung als Ganze der jüdischen unterzuordnen, indem ihnen ihre kollektiven Rechte auf Rückkehr, Selbstbestimmung und dauerhafte Souveränität (über Gebiete auf beiden Seiten der Grünen Linie) verweigert werden.

Originalsprache: Englisch

Übersetzung: Amnesty International Deutschland, Kogruppe Israel-Palästina.

Verbindlich ist das englische Original. Die hier wiedergegebenen Meinungen entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen von Amnesty International, sondern sind einzig die Meinungen der Autorin.

⁵⁸ *Nakba Gesetz – Änderung Nr. 40 des Haushaltsgesetzes* von 2011, auf Englisch unter: <https://www.adalah.org/en/law/view/496>